

04. Dezember 2018

++ Pressemitteilung ++

Jongen: Die Stasi-Methoden des „Zentrums für Politische Schönheit“ haben mit Kunstfreiheit nichts mehr zu tun

Das „Zentrum für Politische Schönheit“ (ZPS) ruft auf der Netzseite soko-chemnitz.de dazu auf, Teilnehmer der Chemnitzer Demonstrationen vom August dieses Jahres zu denunzieren. Dafür hat das ZPS laut eigenen Angaben drei Millionen Bilder von 7.000 angeblichen oder tatsächlichen Demonstranten ausgewertet. Unter dem Titel „Katalog der Gesinnungskranken“ werden mutmaßliche Teilnehmer der Demos in Chemnitz gezeigt. Die selbsternannte „Künstlergruppe“ fordert unter anderem Arbeitgeber dazu auf, „sich darüber zu informieren, ob die eigenen Angestellten an den Ausschreitungen von Chemnitz beteiligt waren“. Jedem, der einen Teilnehmer der Chemnitzer Demonstrationen denunziert, wird ein „Sofort-Bargeld“ in Aussicht gestellt. Dazu äußerte sich der kulturpolitische Sprecher der AfD im Bundestag, Dr. Marc Jongen, wie folgt:

„Dieser massive Angriff auf die Persönlichkeitsrechte hat mit einer ‚provokanten Aktion‘, die aber noch von der Kunstfreiheit gedeckt sei, wie es verniedlichend in den Medien und von der Linkspartei kommentiert wird, nichts mehr zu tun. Das sind Stasi-Methoden, die die so genannte ‚Künstlergruppe‘, Zentrum für Politische Schönheit‘ als das entlarven, was sie ist, nämlich als linksfaschistisch. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an ein Zitat, das dem italienischen Schriftsteller Ignazio Silone zugeschrieben wird: ‚Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: ‚Ich bin der Faschismus.‘ Nein, er wird sagen: ‚Ich bin der Antifaschismus.‘

Wenn die als Kunstaktion getarnte totalitäre Gesinnung, die das ZPS mit seinem Denunziationsportal an den Tag legt, Schule macht, und in Andersdenkenden ohne Differenzierung nur noch ‚Rechtsradikale‘ und ‚Gesinnungskranke‘ gesehen werden, bei denen jedes Mittel den Zweck heiligt, dann ist das eine Art geistige Bürgerkriegserklärung gegen die Demokratie. Wer hierzu schweigt oder wie die Linkspartei auch noch Verständnis zeigt, hat das Recht verwirkt, sich Demokrat zu nennen.“

Pressekontakt:

Christian Lüth

Pressestelle der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Pressesprecher der Alternative für Deutschland
Tel.: 030 22757225
<https://www.afd.de/bundestag>